

An die VertreterInnen der Presse

08.07.06

## **„Südhessen und der Odenwald dürfen nicht zum Aufmarschgebiet von Neonazis werden“ DGB fordert Verbot von Nazi-Aufmärschen**

STARKENBURG / ODENWALD. „Südhessen und der Odenwald dürfen nicht zum Aufmarschgebiet von Neonazis werden“, forderte eine DGB-Funktionärskonferenz, die am vergangenen Samstag in Reinheim tagte. An der Konferenz nahmen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der Stadt Darmstadt und den Landkreisen Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und dem Odenwaldkreis teil.

In einer einstimmig beschlossenen Resolution fordern die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer die Odenwälder Landräte und Bürgermeister auf, „die geplanten Nazi-Aufmärsche am 22. Juli 2006 zu verbieten und gegen die Neofaschisten alle juristischen Mittel auszuschöpfen“. Die Landräte und Bürgermeister werden außerdem aufgefordert, die Anmeldungen rechter Aufmärsche umgehend offenzulegen.

DGB-Organisationssekretär Horst Raupp betonte: „Überall dort, wo Neonazis aufmarschieren, werden der DGB und andere demokratischen Kräfte Gegendemonstrationen organisieren. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Der Odenwald ist bunt und nicht braun. Das muss und wird auch in Zukunft so bleiben“.

Horst Raupp  
Organisationssekretär